

Wirtschaft und Recht.**Zur kommenden Reichsfinanzreform.**

Der Münchener Nationalökonom Professor Dr. Edgar Jaffe bringt in der neuen Nummer der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung“ einen beachtenswerten Artikel „Grundsätzliches zur Reichsfinanzreform“. Er verlangt darin, daß man dem Volke schon heute einige Klarheit über die Grundlinien, auf denen die künftige Finanzreform aufzubauen wäre, zu verschaffen könnte, wobei es sich natürlich nicht um die Forderung handeln könne, die Reichsregierung solle ihren künftigen Finanzplan schon heute im einzelnen bekanntgeben, sondern lediglich um die Darlegung der grundlegenden Gesichtspunkte einer künftigen Reform. Auf dem bisherigen Wege der Besteuerung wird es nach Jaffe nicht möglich sein, die künftigen Finanzbedürfnisse zu decken. Grundsätzlich neue Wege müssen gegangen werden. Als erstes Mittel zur Erhöhung der Reichseinnahme wird auf die Errichtung von Monopolen verwiesen, von denen das Zigarettenmonopol sicher kommen wird. U. a. wird auch die Möglichkeit einer monopolistischen Besteuerung des Zuckers erwähnt. Die Ausgestaltung der staatlichen Eigenbetriebe bietet eine weitere Reihe von Einnahmemöglichkeiten. Ebenso die Vereinheitlichung des Betriebes der Eisenbahnen und der Binnenschifffahrt. Interessant sind die Ausführungen über die Verstaatlichung des Einfuhrhandels. Hier sagt Jaffe u. a.: „Wir haben heute in der Zentraleinkaufsgesellschaft eine solche staatliche Einfuhrmonopolstelle, und zweifellos wird diese Einrichtung auch nach dem Friedensschluß auf Jahre hinaus aufrecht erhalten werden müssen, schon aus dem Grunde, weil sie das nächstliegende Mittel bietet, um die Wiederaufrichtung unserer Valuta nach dem Kriege zu ermöglichen.“ Zum Schluß wird noch die Frage der Ausnützung der natürlichen Quellen (Wasser und Kohle) für die Reichseinnahmen besprochen. Durch organische und technische Vereinheitlichung sind außerordentliche volkswirtschaftliche Ersparnisse zu erzielen, wie das Beispiel der Kohlenyndikate und der großen Elektrizitätsunternehmungen gezeigt hat. Zusammenfassend gibt Jaffe sein Urteil dahin ab: „Eine Deckung des ungeheuern, nach Kriegsende sich ergebenden Finanzbedarfs Deutschlands ist in vollem Umfange möglich. Allerdings nicht auf dem Wege der gewohnten Besteuerung allein, da diese, in der erforderlichen Höhe in Anwendung gebracht, die wirtschaftlichen Kräfte mit der Gefahr der Erschöpfung bedroht, wohl aber auf dem Wege der Verbindung von Produktivitätssteigerung und Besteuerung zugleich.“